

PRESSEMITTEILUNG
24.02.2013
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KV NECKAR-BERGSTRASSE

Kreisversammlung am 28.2.2013:

Grüne gegen Pläne der EU-Kommission - Wasser ist keine Ware

Die Bergsträßer Grünen informieren bei ihrer öffentlichen Kreisversammlung am kommenden Donnerstag, 28.2.2013, in Schriesheim über die umstrittenen Pläne der Europäischen Union zur Neuregelung des Vergaberechts für Dienstleistungen. Diese europäische Gesetzgebung gefährdet u.a. die kommunale Aufgabe der Wasserversorgung, da durch das neue Recht eine europaweite Ausschreibung der Wasserversorgung erforderlich werden soll. Einen aktuellen Überblick gibt der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl, insbesondere auch welche Auswirkungen diese Neuregelung für die hiesigen Kommunen hätte. In vielen Mitgliedsländern der Europäischen Union gibt es seit Wochen heftige Proteste gegen das Vorhaben. Mit ihrer Unterschrift für eine sog. „Europäische Bürgerinitiative right2water“ haben über eine Million Bürgerinnen und Bürger aus mehr als 7 Mitgliedsstaaten nun die EU-Kommission erst einmal gestoppt. Diese hat daraufhin in der vergangenen Woche ihre Pläne relativiert. Der Ausgang des Verfahrens ist aber noch offen. Die Grünen informieren bei ihrer Kreisversammlung aktuell über den Stand des Verfahrens. Sie fordern von der Bundesregierung, dass die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht den Binnenmarktregeln der EU unterworfen werden darf. Hier müsse insbesondere die FDP gestoppt werden. Die Grünen rufen auch dazu auf, die Europäische Bürgerinitiative weiterhin mit Unterschriften zu unterstützen. Die Unterzeichnung ist im Internet auf der Homepage der Initiative möglich. Diese ist hier zu finden: <http://www.right2water.eu/de>

Weitere Themen der grünen Kreisversammlung sind die Vorstellung des Entwurfs für das Bundestagswahlprogramm 2013 und die Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag Ende April in Berlin. Der neue Programmentwurf, der am 28.2. direkt vom Bundesvorstand vorgelegt werden wird, wird am gleichen Abend von der Kreisvorsitzenden Fadime Tuncer präsentiert.

Info: Grüne Kreisversammlung mit den Themen Wasser ist keine Ware und Bundestagswahlprogramm. Donnerstag, 28.2.2013, Beginn um 20 Uhr, Schriesheim, Hotel „Zur Pfalz“

Hintergrundinformationen zu „Wasser ist keine Ware“:

Eine derzeit laufende EU-Gesetzgebung, mit der erstmals in der EU die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen einheitlich geregelt werden soll, birgt die Gefahr einer Liberalisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür. Dagegen wehren sich insbesondere die grünen Europaabgeordneten, die den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission im parlamentarischen Verfahren von Beginn an abgelehnt und auch eine Herausnahme der Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich gefordert haben. Die Bundesregierung tritt hingegen bislang auf europäischer Ebene entschieden für den umstrittenen Gesetzentwurf ein. Die Bürgerinitiative "right2water" fordert mit großem Erfolg, dass die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht den Binnenmarktregeln der Europäischen Union unterworfen werden darf und die Wasserwirtschaft von jeglicher Liberalisierungsagenda auszuschließen ist. Durch die im Lissaboner Vertrag verankerte "Europäische Bürgerinitiative" können EU-Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission dazu auffordern, einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten. Werden mehr als einer Million Unterschriften eingereicht, die aus mindestens sieben Mitgliedstaaten kommen und pro Land eine vorgegebene Mindestzahl erfüllen müssen, muss die Europäische Kommission innerhalb von drei Monaten darauf reagieren und gegebenenfalls Maßnahmen vorschlagen.

Inzwischen rudert die EU-Kommission zurück. Der überwältigende Zuspruch für die europäische Bürgerinitiative right2water im Kampf um Wasser zeigt Wirkung. Die Angst der Bürgerinnen und Bürger vor einer Liberalisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür müssen ernst genommen werden. Der zuständige EU-Kommissar Barnier hat ein Einlenken signalisiert und will nun bei der umstrittenen Konzessionsrichtlinie wesentliche Zugeständnisse für den Schutz der kommunalen Wasserversorgung machen. Nach den bisherigen Aussagen Barniers soll ein entsprechender Passus in der Richtlinie zur Konzessionsvergabe ausdrücklich festhalten, dass diese Gesetzgebung keinesfalls die Privatisierung der Wasserversorgung anstrebe. Zudem soll der Wasserbereich bei Stadtwerken als eigenständiger Bereich betrachtet werden, so dass Mehrspartenunternehmen nicht in eine europaweite Ausschreibung gezwungen werden.